

Italienische Militärinternierte Entschädigung verweigert

Aus Anlass des **Gedenktages für die Opfer des Nationalsozialismus** erinnern wir an eine vergessene Opfergruppe: die Italienischen Militärinternierten (IMI). Etwa 600.000 Personen wurden ab September 1943 zur Zwangsarbeit nach Deutschland verschleppt. Heute verweigert die Bundesregierung den Überlebenden jegliche Entschädigung. Mit einer öffentlichen Diskussion wollen engagierte BürgerInnen und Initiativen über die Geschichte der IMI, über ihre verweigte Entschädigung informieren und die juristischen Anstrengungen der Betroffenen unterstützen.

Podiumsdiskussion

am So, 25. Januar 2004, 17:00 Uhr

Haus der Demokratie und Menschenrechte

im Robert-Havemann-Saal

Greifswalder Str. 4, 10405 Berlin

Tram 2, 3, 4 und Bus 200, 142, 348, Halt: Am Friedrichshain

mit: **DR. JOACHIM LAU** (Rechtsanwalt und Klagevertreter der IMI);
Prof. Dr GERHARD FISCHER (VVN-BdA, Experte für Entschädigung);
GUIDO AMBROSINO (Deutschlandkorrespondent, il manifesto)

Wer sind die „Italienischen Militärinternierten“?

Nachdem der faschistische Diktator Mussolini im Juli 1943 gestürzt worden war, schloss die neue italienische Regierung unter Marschall Badoglio am 8. September 1943 einen Waffenstillstand mit den Alliierten und schied aus dem Bündnis mit Deutschland aus. Daraufhin setzte die Wehrmacht in Italien ein brutales Besatzungsregime in Kraft und nahm alle italienischen Soldaten gefangen. Als sogenannte Militärinternierte wurde ihnen der für Kriegsgefangene geltende internationale Schutz verweigert. Rund 600.000 Militärinternierte wurden in die Lager im Deutschen Reich und den besetzten Gebieten verschleppt und zur Zwangsarbeit eingesetzt. Allein in Berlin schufteten über 30.000 für die Rüstungsindustrie. Die Lebensbedingungen in den Barackenlagern waren unmenschlich: Hunger, Zwangsarbeit, Krankheiten und Bombenangriffe kosteten Zehntausenden das Leben, während die Rüstungsindustrie profitierte.

Auf der politisch-rassistisch Diskriminierungsskala der Nationalsozialisten waren die ehemaligen Verbündeten nun plötzlich ganz weit unten angesiedelt, man beschimpfte sie mit „Verräter“ und „Badoglios“. Alte Ressentiments wurden reaktiviert und wirkten mit Schimpfworten wie „Itaker“ bis weit ins Wirtschaftswunder hinein. In der öffentlichen Erinnerung beider Ländern sind die IMI bis heute fast vergessen.

Im September 1944 wurden die IMI auf Drängen von Rüstungsminister Speer und dem wieder eingesetzten Mussolini-Regime in ein Zivilarbeitsverhältnis überführt. Heute betrachtet die Bundesregierung diesen Statuswechsel aufgrund eines fragwürdigen juristischen Gutachtens als nicht wirksam. Die Folge: Etwa 100.000 Überlebende bleiben, wie alle Kriegsgefangenen, von den Zahlungen nach dem Stiftungsgesetz ausgeschlossen. Vor Berliner Gerichten klagen Betroffene nun gegen diese Verweigerung der ihnen ursprünglich zugesagten Entschädigung.

Weitere Informationen und Links unter: <http://www.berliner-geschichtswerkstatt.de/zwangsarbeit/imi.htm>
Koordination: Lothar Eberhardt, Tel/Fax: 030-693 49 73, Mail: lothar.eberhardt@t-online.de

Unterstützer: Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste, L'Altritalia (Bürgerini), ASTA der TU Berlin, Berliner Geschichtswerkstatt, Berliner Initiative Griechenland unter dem Hakenkreuz, Berliner Gesellschaft für Faschismus und Weltkriegsforschung, Bildungswerk Berlin H.-Böll-Stift., Bund der Antifaschisten Treptow, DFG-VK Berlin, Förderkreis für ein Dokumentations- und Begegnungszentrum zur NS-Zwangsarbeit in Berlin-Schöneeweide, Haus der Demokratie und Menschenrechte, Kampagne gegen die Wehrpflicht, Zwangsdienst und Militär, Internationalen Sachsenhausen-Komitee, Interessengemeinschaft ehemaliger Zwangsarbeiter, Initiative Stop-Berlusconi, VVN-BdA, Arbeitskreis Distomo HH, AntifaCafe-Gruppe HH, resistenza.de (Erlangen), Ludwig Baumann, BV NS-Militärjustizopfer, Hans Coppi, VVN-BdA, Kurt Goldstein Intern. Auschwitz Komitee, Franz von Hammerstein, Ehrenv. ASF, Ernst Melis DRAFAD, Gertrud Müller, Vizepräsidentin der Intern. Lagergemeinschaft Ravensbrück